

---

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 sowie Zusatzpunkt 7 und 8 auf:

6. Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Norbert Barthle, Meinrad Belle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Kein Import von und keine Forschung an embryonalen Stammzellen in Deutschland bis zu einer Entscheidung des Deutschen Bundestages**

– Drucksache 14/6314 (neu) –

Überweisungsvorschlag:  
Rechtsausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgen abschätzung

- ZP 7 Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Für eine sorgfältige und umfassende Prüfung des Imports und der Forschung mit embryonalen Stammzellen**

– Drucksache 14/6551 –

- ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

**Kein Verbot und kein Moratorium für den Import embryonaler Stammzellen**

– Drucksache 14/6550 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Widerspruch gibt es nicht. Dann werden wir auch so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Maria Böhmer.

(V o r s i t z: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

**Dr. Maria Böhmer** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor fünf Wochen, am 31. Mai, haben wir die erste Grundsatzdebatte in dieser Legislaturperiode zur **Bio- und Gentechnologie** geführt. An diesem Tag ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, welche hohe Verantwortung sich mit diesen Entscheidungen verbindet. Je mehr der Mensch selbst zum Gegenstand der Forschung wird, desto mehr müssen wir uns hier im Bundestag den Fragen des Lebens, des Menschseins, des Schutzes des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie sehr jeder von uns um Antworten ringt, hat diese Debatte gezeigt. Über die Fraktionsgrenzen hinweg ist deutlich geworden, dass wir in diesen ethischen Fragen der Bio- und Gentechnologie vor Gewissensentscheidungen stehen. Das müssen wir auch beibehalten. Es geht in diesen Fragen wirklich um Gewissensentscheidungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin allerdings sehr betroffen, dass der so gut begonnene Weg von der Regierungsseite heute verlassen wird. Denn Sie stellen mit Ihrem Vorgehen die Koalitionsfrage über die Gewissensfrage.

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Damit haben Sie doch an gefangen!)

Macht oder Moral, das kann und darf nicht die Alternative sein. Daher bitte ich Sie herzlich, Ihr Vorgehen noch einmal zu überdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – René Röspel [SPD]: Ich glaube, Sie haben uns nicht angesprochen, als Sie Ihren Antrag eingebracht haben!)

Lassen Sie mich kurz den politischen Ablauf der letzten fünf Wochen rekapitulieren: Just an dem Tag, an dem der Deutsche Bundestag, also wir alle hier, über die Fragen der Bio- und Gentechnologie debattiert haben und an dem wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg – ich betone das noch einmal – da rüber im Klaren waren, dass wir uns für eine gründliche Debatte Zeit geben wollen, dass wir die Fragen wirklich ausloten wollen und dass wir dann aber auch zu Entscheidungen kommen müssen, hat der **Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen** von Israel aus erklärt, dass er den Import von und die Forschung an embryonalen Stammzellen in seinem Bundesland fördern will. Ich finde, das ist ein starkes Stück. Das ist ein Affront gegen den Deutschen Bundestag.

---

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir debattieren und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen will Fakten schaffen. Ich glaube, das hat nicht nur Einzelne, sondern uns alle berührt. Wir wissen, dass mit einem solchen Vorpreschen Fakten geschaffen werden, die unsere Entscheidungsfindung beeinträchtigen und reduzieren.

Wie in den Reihen der Regierungskoalition darüber gedacht wird, das hat die Abstimmung im nordrhein-westfälischen Landtag am 20. Juni dieses Jahres gezeigt: CDU und Grüne haben sich dort gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten ausgesprochen.

(René Röspel [SPD]: Reden wir über Stammzellen oder über taktische Manöver?)

Ich finde es beachtlich, dass sich die Grünen in Nordrhein-Westfalen an ihre Beschlüsse und an ihre ethischen Maßstäbe gehalten haben. Dafür möchte ich den nordrhein-westfälischen Grünen ganz herzlich danken. Denn das ist in ihrer Position von besonderer Bedeutung.

Wie anders aber stellt sich die Situation auf Bundes ebene dar? Es ist einer Grundsatzdebatte leider nicht angemessen – das muss ich wirklich betonen –, wenn jetzt eine parteipolitische Auseinandersetzung geführt wird. Zuerst wurde sie in der Bundesregierung geführt und jetzt wird sie im Bundestag geführt. Deshalb muss ich sagen: Den Vorwurf, den ich vom Fraktionsvorsitzen den der SPD gehört habe, nämlich dass unser Moratorium bezüglich des Imports von und der Forschung an embryonalen Stammzellen verlogen sei, finde ich ungeheuerlich. Ich weise das strikt zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen nicht, dass durch das Vorpreschen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Fakten am Parlament vorbei geschaffen werden. Eine Entscheidung über den Import von und die Forschung an embryonalen Stammzellen kann nur im Deutschen Bundestag und nicht außerhalb getroffen werden. Es gilt dabei, das Votum der **Enquête-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“** in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Das ist nicht nur eine Sachfrage; das ist eine Frage des Selbstverständnisses unseres Parlaments. Deshalb haben wir den Antrag für ein Moratorium in den Deutschen Bundestag eingebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die Form des Antrags gewählt, weil wir bewusst eine Brücke zu den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen bauen wollten.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir kommen die Tränen!)

Es geht uns hier um die Sache. Wir haben das daran deutlich gemacht, dass wir auf Sie zugegangen sind und gesagt haben, wir würden diesen Antrag zu rückstellen, wenn es zu einem Gruppenantrag aus der Mitte des Parlamentes käme. Darauf habe ich lange gehofft; nicht nur ich habe Gespräche geführt, sondern auch meine Kollegen haben Gespräche geführt. Wir wissen, wie schwierig die Situation inzwischen bei Ihnen geworden ist. Ich bedaure es sehr, dass es nicht zu solch einer Initiative mitten aus dem Parlament kommt. Damit hätte deutlich gemacht werden können, dass wir bezüglich des Imports und der Erforschung von embryonalen Stammzellen keine Fakten geschaffen haben wollen, sondern zuerst eine Entscheidung im Deutschen Bundestag getroffen werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Regierungskoalition hat angekündigt, unseren Antrag abzulehnen. Sie stellen aber ebenfalls einen Antrag, der nichts anderes beinhaltet als ein **Moratorium**, wenn auch in recht abgeschwächter Form. Ich sehe das als den kleinsten gemeinsamen Nenner an. Ihr Appell an Wissenschaftler und Forschungsinstitutionen, einer Entscheidung des Deutschen Bundestages nicht durch Schaffung vollendeter Tatsachen vorzugreifen, entspricht in der Tat der Form nach einem Moratorium. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass eine Brücke gebaut worden wäre und wir aufeinander zugegangen wären, um unser gemeinsames Ziel deutlich zu machen. Wenn ein solches Moratorium das Ziel sein sollte, dann bitte ich Sie noch einmal herzlich, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir dieses gemeinsam nach außen deutlich machen können. Wenn Sie kein Moratorium wollen, dann sollten Sie Ihren Antrag zurückziehen.

Ich habe gestern bei einer Rede des Bundeskanzlers erhebliche Zweifel bekommen, was eigentlich mit diesem Antrag erreicht werden soll. Auch darüber muss gesprochen werden. Der Bundeskanzler hat nämlich bei der Jahresversammlung der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** ganz klar gesagt, dass er nicht nur die Erwartung hegt, sondern davon ausgeht – das hat er gegenüber der Deutschen Forschungsgemeinschaft deutlich ausgedrückt –, dass eine Entscheidung darüber im Dezember dort zu treffen sei. Zugleich hat er gesagt, dass das **Embryonenschutzgesetz** in dieser Legislaturperiode nicht mehr geändert werden soll. Diesen Punkt haben wir übrigens auch immer miteinander diskutiert, aber offensichtlich haben sich die Verhältnisse geändert.

Nehmen wir uns einmal diese Worte des Bundeskanzlers vor. Sie heißen doch im Klartext: Die Tür im Embryonenschutzgesetz für den Import embryonaler Stammzellen und damit auch für die Forschung an diesen

---

soll offen gehalten werden. Wir hier im Deutschen Bundestag dürfen debattieren; die Entscheidung liegt aber in der Hand der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ich will deshalb in aller Klarheit hier feststellen: Das Drängen des Bundeskanzlers kann die Notwendigkeit einer Entscheidung hier im Deutschen Bundestag nicht aushebeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schauen wir uns einmal an, was in den letzten Wochen geschehen ist. Beginnen muss ich mit der Änderung der Haltung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die sie am 3. Mai dieses Jahres vollzogen hat. Bis zu diesem Datum sagte sie noch: keine Forschung an embryonalen Stammzellen. Danach hat sie eine Empfehlung für die Forschung an und vor allen Dingen für den Import von embryonalen Stammzellen ausgesprochen. Zugleich erklärte sie aber, dass **therapeutisches Klonen** in Deutschland nicht zulässig sein sollte. Inzwischen gibt es Wissenschaftler – ich nenne zwei, weil sie sich auch öffentlich geäußert haben, Professor Ganten und Professor Bartram –, die demgegenüber offen erklären, dass die Forschung ohne therapeutisches Klonen kaum zu anwendbaren Therapien führen werde.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Das ist die logische Konsequenz!)

Ich sehe in der Tat, dass man Schritt für Schritt in diese Richtung gehen wird. Erst wird die Frage gestellt werden: Können die importierten embryonalen Stammzellen möglicherweise – einige, wie Professor Bartram selbst, sagen ja schon, dass Import von Doppelmoralzeugen – nicht hier in Deutschland erzeugt werden, indem man die verwais-ten tiefgekühlten Embryonen dafür nutzt? Dabei muss ich mich sowieso fragen, was das Wort „verwaist“ bedeutet. Als Nächstes wird wahrscheinlich die Frage gestellt, wie man beim therapeutischen Klonen verfährt; denn die Wissenschaftler wissen, dass mit der Verwendung eines derart erzeugten Gewebes keine Abstoßungsprozesse verbunden wären.

Die **Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts** weist zu Recht darauf hin, dass man zunächst einmal überlegen muss, inwieweit Forschungsergebnisse in einem überschaubaren Zeitraum überhaupt realistisch sind und was Forschung möglich macht. Ich füge hinzu: Wir müssen überlegen, welche Alternativen es gibt. Wir dürfen nicht isoliert über die Forschung an embryonalen Stammzellen sprechen, sondern müssen auch die Möglichkeiten der Forschung an adulten Stammzellen, an fetalen Stammzellen und an Stammzellen aus Nabelschnurblut wieder verstärkt in die Diskussion mit einbringen; denn all das gibt Menschen die Chance, dass sich deren Heilungsaussichten verbessern. Ich frage mich deswegen immer wieder: Warum konzentrieren wir uns in der Diskussion auf den ethisch problematischen Bereich der embryonalen Stammzellen? Warum setzen wir nicht stärker auf die unproblematische Forschung an adulten und fetalen Stammzellen, auch, um Deutschland in diesem Bereich im Spitzenfeld der Forschung zu halten?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Angesichts dessen glaube ich, dass wir in der nächsten Zeit nicht nur die Frage des Imports von embryonalen Stammzellen und die Forschung daran im Blick haben dürfen; wir müssen uns vielmehr der viel grundsätzlicheren Frage der **verbrauchenden Embryonenforschung** zuwenden. Nur wenn man das ganze Feld im Blick hat, kann man wirklich verantwortlich über die Frage des Imports von und der Forschung an embryonalen Stammzellen entscheiden. Wir alle müssen uns deutlich vor Augen führen: Es gibt keine embryonalen Stammzellen ohne die Tötung eines Embryos und damit die Vernichtung menschlichen Lebens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Maria Böhmer** (CDU/CSU): Unter diesem Gesichtspunkt haben wir dieses Moratorium hier eingebracht. Ich appelliere noch einmal sehr herzlich an Sie: Stimmen Sie diesem Moratorium zu. In ihm wird die Bundesregierung aufgefordert, sicherzustellen, dass bis zu einer Entscheidung des Deutschen Bundestages kein Import von und keine Forschung an embryonalen Stammzellen stattfinden soll. Wir bitten darin die Deutsche Forschungsgemeinschaft, so lange von einer entsprechenden Förderung abzusehen. Darüber hinaus wenden wir uns auch an die Wissenschaftler und richten den Appell auch an sie, das zu berücksichtigen.

Es geht um Fragen des Menschseins und des Lebens. Um diese zu entscheiden, brauchen wir Zeit und die gediegene Auseinandersetzung mit all diesen Fragen. Ich bin gewillt, dass wir das zügig tun und uns mit aller Kraft damit auseinandersetzen. Es kann aber nicht sein, dass Fakten geschaffen werden und wir mit diesen Fakten konfrontiert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächste Rednerin hat die Kollegin Margot von Renesse von

---

der SPD-Fraktion das Wort.

**Margot von Renesse** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Dr. Böhmer, ich hoffe, dass die Auseinandersetzung um die Art und Weise, wie diese Anträge zustande gekommen sind, die gute Zusammenarbeit, die wir am 31. Mai dieses Jahres begonnen haben und die auch in der Enquête-Kommission stattfindet, Herr Lensing, nicht beeinträchtigen wird. Deswegen ist es mir wichtig, den Punkt an den Anfang meiner Rede zu stellen, worin wir übereinstimmen, nämlich darin, dass die Entscheidung hier im Deutschen Bundestag fallen muss.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Lassen Sie mich aber deutlich erklären, warum wir Ihrem **Antrag** in der Sache nicht zustimmen können. Andere mögen etwas über den Verdacht sagen, dass sie gar keinen sachlichen Antrag vorlegen wollten, sondern die Brandfackel in das Haus der Koalition haben werfen wollen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Jetzt fangen Sie wieder an, zu polemisieren! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich verstehe davon nicht genug, um darüber viel sagen zu können. Das, was Sie vorhin gesagt haben, Frau Böhmer, hat mich etwas zweifelnd gemacht; das hätte ich bis jetzt gar nicht geglaubt. Darüber will ich aber gar nicht viel reden, sondern will auf die Sache selbst eingehen.

Es gibt ein paar Gründe, warum Ihrem Antrag von uns nicht zugestimmt werden kann. Wären Sie im Status Nascendi dieses Antrages zu uns gekommen, so hätten wir vielleicht eine gemeinsame Ebene finden können. Aber einfach diesen Antrag zu stellen und uns zu sagen, wir könnten ja zustimmen, ist vielleicht doch nicht die richtige Methode der Zusammenarbeit zwischen einer Regierungskoalition und der Opposition, so gerne man diese Zusammenarbeit auch hat.

Lassen Sie es mich von der Sache her begründen. Das Erste: Sie haben in Ihrem Antrag erklärt, dass das **Embryonenschutzgesetz** die Produktion und den Import von Stammzellen offen lasse bzw. nicht erfasse, weil man das damals nicht gekannt habe. Dies sieht so aus, als ob das Embryonenschutzgesetz diese Tatbestände erfassen müsse. Nun ist das Embryonenschutzgesetz ein reines strafrechtliches Nebengesetz. Ob das Embryonenschutzgesetz diese beiden Fälle umfassen müsste, ist unter uns enorm streitig. Es kann dazu also keinen Antrag geben, den wir alle unterschreiben können; jedenfalls nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Das Zweite: Ein **Moratorium** ist etwas, das Betroffene freiwillig vereinbaren können. Aber die Sprache des Deutschen Bundestages ist ein Gesetz.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Wir haben einen Gesetzentwurf!)

Sie hatten einen Gesetzentwurf vorbereitet. Davon weiß ich und davon wissen wir alle. Sie haben sich selber nicht einigen können und die Vorstellung, der Deutsche Bundestag könne wie ein absoluter Fürst, ohne das Wort „Gesetz“ in den Mund zu nehmen, Leuten etwas ge- oder verbieten, beruht auf der Inanspruchnahme einer Autorität, die wir nicht haben und die unsere wirkliche Autorität eher verdunkeln würde. Das mache ich nicht mit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Es geht doch um Steuergelder!)

Das Dritte: Sie fordern ganz konsequent die Bundesregierung dazu auf, dass sie sicherstellen solle, dass der **Import von Stammzellen** nicht geschieht. Wie soll eine Bundesregierung dies sicherstellen, ohne dass ihr der Bundestag ein Gesetz dafür liefert?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie kann selber eines vorlegen!)

Das geht nun einmal nicht und das machen wir nicht mit. Wir bleiben bei der Autorität, die wir haben, das heißt, wir sagen: Wir sollen selber etwas tun.

Lassen Sie mich Ihnen und auch den Forschern, der DFG und anderen, die damit zu tun haben, ganz aufrichtig sagen: Ich frage mich seit geraumer Zeit, ob wir als Gesetzgeber nicht einiges verschlafen haben und ob wir nicht die Hängepartie, die wir Forschern zumuten – auch ehrlichen Forschern wie Brüstle, die öffentlich Anträge stellen und nicht heimlich importieren, die es auch gibt –, mit verschuldet haben, weil wir möglicherweise geschlafen und nicht gesehen haben, was passiert.

Sie haben selber einiges genannt, worüber wir möglicherweise holterdiepolter Entscheidungen treffen müssen, die wir aber hoffentlich sorgfältig vorbereiten. Die **Enquête-Kommission** wird das Ihre dazu tun. Dafür stehen alle Mitglieder der Enquête. Dies wird aber nach der Zeit, in der wir uns hinter einem Embryonenschutzgesetz verschanzt haben, welches ohne Zweifel ein Glücksfall in der deutschen

---

Rechtsgeschichte ist, aber im Zusammenhang der Lebenswissenschaften hätte fortgeschrieben werden müssen, nicht einfach sein.

(Abg. Werner Lensing [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Nein, bitte, Herr Lensing, ein andermal. Entschuldigen Sie bitte.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Aber wir hatten doch schon das Symposium!)

– Ja, hier. Aber der Deutsche Bundestag muss das Ergebnis in Form eines Berichts zur Kenntnis nehmen und das werden wir tun.

Nun der vierte Grund, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen: Wenn wir an die **Forscher** den Appell richten – das Einzige, was wir tun können –, immer noch auf uns zu warten, dürfen wir auch nicht trödeln. Dann müssen wir handeln.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. – Norbert Geis [CDU/CSU]: Dann muss er es auch machen!)

Dann muss der Deutsche Bundestag auch sagen, dass er jetzt etwas tun wird. Er muss den Leuten sagen, dass nicht das passiert, was sich einige in diesem Hause wünschen, nämlich zu sagen, dass die Forscher warten sollen, sie aber anschließend bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten zu lassen. Diese kalte Küche darf es hier im Parlament nicht geben. Wir werden uns entscheiden. Wir werden es tun. Ich hoffe, dass wir uns richtig entscheiden.

Wir betreten vermintes Gelände, das wissen wir alle. Wie auch immer wir uns entscheiden – eines will ich ganz deutlich sagen: Gesetzt den Fall, dass wir die Heuchelei der Nichtgewinnung von Stammzellen in Deutschland nicht vermeiden und auch gleichermaßen den Import verbieten, werden wir dann eines Tages auch die Erkenntnisimporte verneinen, werden wir diese auch verbieten? Werden wir unseren Forschern verbieten, nach Amerika zu gehen und dort zu tun, was nach deutschem Recht – Entschuldigung, das sage ich auch als Juristin – nach der Strafrechtsandrohung sowohl nach Handlungs- als auch nach Erfolgsunrecht

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Die haben auch die Todesstrafe!)

eher eine lässliche Sünde ist, mit maximal drei Jahren Freiheitsentzug bestraft wird? Dies ist schon bei Diebstahl mehr. Ich frage mich, ob wir so heilig werden können, wie wir vorgeben zu sein.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [F.D.P.]

Das Embryonenschutzgesetz sieht jedenfalls manches offensichtlich anders: Warum ist der Status eines verwaisten Embryos höher als der eines abgegangenen oder abgetriebenen Fötus, von dem keiner behauptet, er sei nicht Forschungsobjekt? Er ist es schon seit über 100 Jahren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Embryologie lebt davon. – Fragen über Fragen!

Wenn wir konsistent und konsequent bleiben wollen – das sage ich nun all denen, die an Standortfragen interessiert sind, was meine Sache nicht ist –, kann Deutschland nur bei moralisch und ethisch geradem Weg **Standort für Wissenschaft und Wirtschaft** sein. Es gibt in Deutschland, in dessen Nachbarschaft das alles geschieht, keine Möglichkeit, etwas zu tun, was das Licht der Öffentlichkeit scheuen müsste. Das muss der Wirtschaft gesagt werden und das muss der Wissenschaft gesagt werden. Diejenigen, die Stammzellen importiert haben, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon wusste – anders als Brüstle –, haben die Diskussion erheblich belastet, weil sie das Misstrauen vergrößert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Diskussion ebenso belastet haben Journalisten, die den Namen und die Adresse von Brüstle deutlich gekennzeichnet haben, um ihn an den Pranger zu stellen; er bekommt bereits Morddrohungen. Das sind Methoden, die in diesem Hause und auch außerhalb zwischen Kontrahenten verschiedener Meinungen nicht angemessen sind.

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Wir haben mit **Menschenwürde** zu tun und wir haben sie zu achten; sie ist nicht abwägbar. Darum müssen wir uns die Frage stellen, wie verzichtbar Forschung sein kann. Die adulten Stammzellen sind deswegen kein Thema, weil sie ohne ethisches Problem gefördert werden. Deshalb erscheint es mir unter dem Gesichtspunkt des Art. 5 des Grundgesetzes, der Forschungsfreiheit garantiert, fraglich, dass der Deutsche Bundestag die Frage nach einer sinnvollen Forschung beantworten soll. Ich glaube, das ist nicht unser Thema, sondern wir werden die Frage nach der Verletzung der Menschenwürde beantworten müssen, und zwar nach Gewissen und Wissen. Es gibt kein Grundrecht sozusagen auf Respekt vor Tabus. Wir müssen jedes Verbot, das wir aussprechen wollen, mit Rechtsgütern, die in der Verfassung ihre Grundlage haben, legitimieren. Das allgemeine Entsetzen und das allgemeine Gefühl der Abscheu sind kein ausreichender Grund für ein

---

Verbot. Wir müssen das Problem klar benennen und nüchtern darüber diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Ulrike Flach [F.D.P.] )

Letzter Punkt: Wir reden immer vom Embryo. Das ist auch richtig, denn die Menschenwürde, die sich im Embryo verwirklicht, weil sie ihm nach der all gemeinen Überzeugung des Deutschen Bundestags zukommt, steht in Rede. Reden wir aber auch vom **Ende des Lebens**. Ich spreche ein ethisches Problem an, das mich in letzter Zeit bei der Stammzellenforschung bewegt: Ich habe Angst vor einer Vampirmedizin, die Alter, altersbedingten Verfall, vielleicht auch den Tod, als Krankheit identifiziert und deswegen die Lebenskraft anderer Lebewesen benötigt, um das Lebenslicht, so wie man auf eine erlöschende Kerze eine andere steckt, zu verlängern. Ich möchte, dass wir immer noch einen Begriff von Krankheit und von der Endlichkeit des Lebens haben; wir müssen begreifen, wo sich das Leben rundet und wo es sich vollenden darf.

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Zu einer Kurzintervention er teile ich dem Kollegen Werner Lensing von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Werner Lensing** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil ich eben nicht die Gelegenheit hatte, eine Frage stellen zu dürfen – was ich aber im Übrigen durchaus verstehe –, nutze ich das Mittel der Kurzintervention.

Es wird hier mit hohem Ethos beschworen, dass wir uns in diesen Fragen, bei denen es im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod geht, möglichst breit zwischen den Parteien verständigen und dabei naturgemäß auch eine Gewissensentscheidung berücksichtigen. Aber die Arbeitsbasis – Frau Kollegin Böhmer hat bereits darauf hingewiesen – wird uns allen in dem Augenblick entzogen, in dem man bei dem Vorschlag einer Partei, in diesem Fall der CDU/CSU-Fraktion, sagt, er sei verlogen, und im anderen Falle meint, man habe die Wahrheit gepachtet.

Deswegen möchte ich Folgendes mit Nachdruck feststellen: Es kann überhaupt nicht sein, dass auf der einen Seite in einem Antrag gefordert wird, der Bundestag solle sich als höchster Souverän – ich unterstütze das vom Grundsatz – mit dieser Frage befassen, was „befassen“ immer heißen mag, und auf der anderen Seite erklärt wird, man wolle über das Embryonenschutzgesetz während dieser Legislaturperiode nicht verhandeln. Es stellt sich die Frage: Entweder scheidet die Möglichkeit, dass sich der Deutsche Bundestag für ein dauerhaftes Verbot des Imports der infrage stehenden Stammzellen entscheide, nach allgemeiner Ansicht ganz aus oder aber der Deutsche Bundestag kann sich zwar möglicherweise ein dauerhaftes Verbot wünschen, wird es aber nicht wirklich im Embryonenschutzgesetz verankern können.

Das bedeutet im Klartext: Egal, wie wir uns verhalten, der Import kann – da wir nicht an das Embryonenschutzgesetz herangehen wollen – automatisch weiter laufen, weil er auch schon jetzt erfolgt. Das ist eine Doppelmoral, die – um den Ausdruck zu zitieren – verlogen ist. Ich frage die SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Was soll die viel beschworene Diskussion eigentlich erbringen, wenn wir doch nicht handeln können? Wenn man uns vorwirft, wir hätten keinen eigenen Antrag eingebracht, sich selbst aber auch weigert, Ähnliches zu tun, dann wird dieser Appell, der hier heute groß beschworen wird, aus meiner Sicht zur Farce.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächste Rednerin hat die Kollegin Ulrike Flach von der F.D.P.-Fraktion das Wort.

**Ulrike Flach** (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was nicht verboten ist, ist erlaubt. Keine Strafe ohne Gesetz – das ist einer der wichtigsten Grundsätze unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Mit anderen Worten: Es darf nur das Tun bestraft werden, das zum Zeitpunkt der Tat unter **Strafan drohung per Gesetz** verboten war.

Für unsere derzeitige Debatte heißt dies: Der Import embryonaler pluri potenter Stammzellen zum Zweck der Forschung ist zulässig; denn er ist laut Embryonenschutzgesetz nicht verboten. Die deutschen Forscher – von Kiel bis München – haben die Rechtssicherheit, Embryonenforschung durchführen zu dürfen. Wer dies verhindern will, liebe Kollegen von der CDU/CSU, muss das Embryonenschutzgesetz ändern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dass dies zumindest indirekt von allen Antragstellern akzeptiert wird, ist ein erfreuliches Ergebnis der Debatten der letzten Wochen.

---

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Und wenn es doch Embryo nen sind?)

Es ist vor diesem Hintergrund in hohem Maße unseriös, Forscher zu diskriminieren, die auf unser Grundgesetz bauen und die bestehende Rechtslage nutzen.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Ausnutzen!)

Die F.D.P. erwartet von allen Antragstellern, egal, ob sie für ein Moratorium, ein Verbot des Imports sind oder nicht, dass sie dies auch akzeptieren und nicht das legale Verhalten von Wissenschaftlern in eine halbkriminelle Ecke rücken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die deutsche Wissenschaft hat zu keinem Zeitpunkt der Debatte über die Nutzung embryonaler Stammzellen Zweifel daran gelassen, dass ihre Forschungen dem Zweck der **Entwicklung von Therapien** für kranke Menschen dienen. Das Interesse der Forscher ist das Interesse der Kranken. Therapie und Heilung sind auch die primären Ziele, die die F.D.P. leiten. Aus diesem Grunde sind wir entschieden gegen den Versuch, Forschungen, die unsere Lebensbedingungen verbessern, zu behindern oder gar zu verbieten.

Die F.D.P. spricht sich deshalb deutlich gegen den Antrag der CDU, Import und Forschung bis zu einer Entscheidung des Bundestages auszusetzen, aus. Wir wollen kein **Moratorium**, nicht nur deshalb nicht, weil es sich um eine rein rhetorische Maßnahme handelt, wie Herr Lensing gerade sehr deutlich gemacht hat, sondern auch, weil wir die Forschung auf diesem für die medizinische Entwicklung so wichtigen Gebiet nicht behindern wollen.

Wer heute ein Moratorium verabschiedet, lähmt einen ganzen Forschungszweig, liebe Kollegen. Das mag gut für die Debattenkultur in Deutschland sein – es ist schädlich für die Menschen, die an Krebs, Parkinson, Alzheimer, Diabetes oder Osteoporose leiden und auf Linderung, wenn nicht Heilung hoffen.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr! Dafür gibt es keinen Ansatz. Das wissen Sie doch, Frau Flach!)

Unsere Aufgabe, liebe Kollegen, ist es nicht, Gräben zwischen Wissenschaft und Gesellschaft aufzureißen. Unsere Aufgabe ist es, Gesetze zu verabschieden, die mit hoher moralischer Verantwortung eine gesicherte Basis für eine streng kontrollierte, transparente Forschung ermöglichen. Das geht weit – das muss ich auch Ihnen sagen, Frau von Renesse – über ein Moratorium oder das Warten auf Ethikrat-Entscheidungen hinaus.

Wir sind in der Pflicht, ein Gesetzeswerk zu schaffen, welches Forschung nicht nur über Gesetzeslücken und Import aus dem Ausland erlaubt. Import als Ausweg aus Ihren Koalitionsproblemen – das ist zu wenig. Wir brauchen eine klare gesetzliche Grundlage, gerade weil wir es mit komplexen ethischen Fragen zu tun haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dabei können wir uns natürlich von Ethikräten, Kommissionen und Fachgremien beraten lassen, aber das Parlament soll und darf sich nicht den **Zeitplan** von Gremien diktieren lassen, die ihre Legitimität nicht vom Volk, sondern aus dem Kanzleramt erhalten haben. Deshalb lehnen wir auch den „Koalitionsbefriedungsantrag“ der Regierungsfractionen ab. Auch Sie binden das Parlament, indem Sie die Stellungnahmen der Enquete-Kommission, des Ethikrates und der DFG zur Vorbedingung einer Befassung des Bundestages machen. Das mag gut für den Koalitionsfrieden in der Sommerpause sein, aber im Herbst werden Sie um eine Entscheidung nicht herkommen. Wir, die F.D.P., werden dann einen eigenen Gesetzesantrag einbringen und wir wünschen auch, dass darüber entschieden wird.

Die **Deutsche Forschungsgemeinschaft** hat ihre Entscheidung über eine Förderung des **Stammzellenprojektes** von Oliver Brüstle verschoben. Das ist die freie Entscheidung der DFG. Dafür erwarten aber die Forscher zu Recht, dass das Parlament deutlich macht – hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Frau von Renesse –, ob es diese Forschung will oder nicht. Sie können nicht einfach „halt“ rufen und glauben, damit sei das Problem gelöst. Die Forschung im Ausland geht weiter und wenn es bei uns politisch so weitergeht, gehen unsere Forscher natürlich ins Ausland.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie nicht den Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners Ihrer Koalition gehen. Falls Sie auf Zeit spielen und meinen, Querelen dadurch entgehen zu können, dass Sie die Welt außerhalb Deutschlands Embryonen für deutsche Forschung zur Verfügung stellen lassen, dann irren Sie sich. Spätestens bei der Frage, wie man denn mit Medikamenten und Heilungsverfahren umgeht, die im Ausland durch Embryonenforschung entstanden sind, werden Sie Farbe bekennen müssen. Oder wollen Sie den Deutschen erklären, dass wir dann alle darauf verzichten?

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Möglicherweise wollen sie das!)

Die F.D.P. will noch in diesem Jahr eine Novellierung des Embryonenschutzgesetzes mit dem Ziel der Forschung an überzähligen Embryonen aus der künstlichen Befruchtung. Dafür werden wir kämpfen, liebe Kollegen, und ich bin sicher, auf diesem Wege werden uns auch Kollegen der anderen Fraktionen folgen. Die Freiheit des Gewissens ist keine Einbahnstraße im Sinne der Forschungsgegner.

---

Lassen Sie uns nicht noch mehr Zeit verlieren. Nehmen Sie die Forschungsministerin beim Wort und machen Sie Tempo für Entscheidungen. Stimmen Sie gegen ein Moratorium und für unseren Antrag.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Andrea Fischer vom Bündnis 90/Die Grünen.

**Andrea Fischer** (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte den Koalitionsantrag, den wir heute einbringen und zur Abstimmung stellen, für die angemessene Reaktion auf die Entwicklungen der letzten Zeit. Er ist deshalb angemessen, weil sich der Bundestag an die Forscher wendet und an sie appelliert, zu respektieren, dass er der Souverän ist und diese Fragen entscheidet. Zugleich machen wir deutlich, dass der Bundestag gewillt ist, diesen Entscheidungsprozess voranzutreiben.

Im Ziel gibt es dabei durchaus Übereinstimmung mit manchem, was im CDU/CSU-Antrag steht. Der Hauptgrund, warum ich glaube, dass dieser Antrag in der jetzigen Form nicht angenommen werden kann, ist, dass es nach der **gegenwärtigen Rechtslage** überhaupt nicht erkennbar ist, was die Bundesregierung zur Durchsetzung eines solchen Moratoriums tun könnte. Um es etwas flapsig auszudrücken: Ich hoffe nicht, dass Sie erwarten, dass die Bundesregierung eine schnelle Eingreiftruppe in die entsprechenden Forschungslabors schickt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Insoweit ist nach meinem Dafürhalten unser Antrag die angemessene Reaktion.

Der Bundestag muss sich zu der gegenwärtigen Entwicklung verhalten. Zugleich braucht er Zeit dafür. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, dass das vergangene Jahr offenkundig bei allen Fraktionen als zu früh galt,

(Ulrike Flach [F.D.P.]: Bei uns nicht, Frau Fischer!)

sich mit einem Fortpflanzungsmedizinengesetz als Weiterentwicklung des Embryonenschutzgesetzes zu befassen.

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Schade!)

Ich will noch etwas zu dem Vorwurf sagen, wer die Steilvorlage aus unserer guten Debatte vom 31. Mai dazu gegeben habe, jetzt wieder in ein parteipolitisches Hickhack zurückzufallen. Vollkommen klar ist, dass wir es mit moralischen Fragen zu tun haben, die in der Politik einen ganz eigenen Sprengsatz darstellen. Am Ende wird es einige strittige Punkte geben, die nur quer durch die Fraktionen entschieden werden können, weil sie **Gewissensfragen** sind. Trotzdem sind wir hier nicht im politikfreien Raum und damit auch nicht im machtpolitisch freien Raum. Deswegen sollte das auch niemand unterstellen. Bislang haben wir uns alle mit ziemlich viel Anstand in dieser Debatte bewegt. Dies sollten wir beibehalten, dürfen aber nicht so tun, als seien sämtliche Regeln der Politik, die sonst gelten, außer Kraft gesetzt.

(Margot von Renesse [SPD]: Sehr gut!)

Ich möchte mich noch kurz auf die Sache einlassen: Die Debattenlage spitzt sich nach meiner Wahrnehmung immer stärker darauf zu, dass vonseiten der Forschung gesagt wird, es könne nicht angehen, dass die Politik erstens so lange braucht und zweitens, wenn sie einmal entscheidet, sich gegen etwas entscheidet, was die Forschung machen will.

Ich habe viel Verständnis für das Problem des Timelags, der Differenz zwischen der von der Politik für eine wirklich nicht einfach zu führende gesellschaftliche Diskussion benötigten Zeit und der Ungeduld der Forscher. Ich kann das gut nachvollziehen. Trotzdem meine ich, dass es nicht unbillig ist, Respekt vor dieser **zeitlichen Differenz** zu verlangen, weil solche Entscheidungen in einem politischen und parlamentarischen Prozess wirklich schwierig sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite Frage geht ins Grundsätzliche. Was wäre, wenn das Parlament – in welcher Form auch immer – eines Tages entschiede, eine bestimmte Form von Forschung nicht zulassen zu wollen, weil sie an einem Material erfolgt, dessen Verwendung wir für ethisch nicht zulässig halten? Damit kommen wir zu einer Kernfrage. Heißt das, dass die Politik die **Forschungsfreiheit** infrage stellt? – Ich beantworte diese Frage mit Nein. Auch jetzt schon bewegt sich die Forschung nicht in einem rechtsfreien Raum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das beginnt mit Sicherheitsbestimmungen für die Labors und reicht bis zum Verbot von fremdnütziger Forschung und von Menschenversuchen. Das heißt: Wir reden nicht zum ersten Mal darüber, dass es bestimmte Regeln geben muss. Daher plädiere ich an diesem Punkt definitiv dafür, hinsichtlich der in den letzten Wochen deutlich gewordene Spirale etwas abzurufen.

Ich will, wie ich das schon vor vier Wochen getan habe, noch einmal betonen: Es gibt zurzeit eine

---

ausgeprägte öffentliche Wahrnehmung und auch Wertschätzung der Erfolge der Lebenswissenschaften, der Erfolge der Gentechnologie und der Biotechnologie. Es gibt massive öffentliche Förderung für die Stammzellenforschung. Strittig ist allein ein Bereich, in dem es um Stammzellen geht, die durch den **Verbrauch von Embryonen** gewonnen werden. Das ist ein relativ kleiner Bereich der gesamten Stammzellenforschung.

Auch das möchte ich noch einmal gegenüber den - je nigen betonen, die diese Alternative – entweder Heilung oder keine Forschung an Stammzellen – aufmachen, die ich in dieser Entgegensetzung für polemisch halte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich empfinde es als berechtigt, nicht ganz so schlunzig darüber hinwegzugehen und von einer Forschung zu sprechen, die als Rohstoff den Menschen in seinem frühesten Stadium benutzen will. Uns allen sind die philosophischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen über die Frage, ob dieses frühe Stadium denselben Status an Menschenwürde und **Lebensschutz** wie spätere Stadien verdient, wohlvertraut. Ich habe meine Position dazu deutlich gemacht.

Ich will an diesem Punkt vor allem noch einmal unterstreichen: Wenn wir diese politische Entscheidung treffen, dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir damit einen **irreversiblen Schritt** tun. Es wurde vorhin schon darauf hingewiesen: Wir werden dann nicht bei den paar angeblich überzähligen Embryonen stehen bleiben. Der nächste Schritt wird vielmehr sein, aktiv in die **Produktion von Embryonen** einzusteigen.

Professor Ganten wies darauf hin, dass es dann auch kein starkes Argument mehr dafür gibt, nicht mit dem **therapeutischen Klonen** zu beginnen, was by the way auch bedeutet, in die massive **Gewinnung von weiblichen Eizellen** einzusteigen. Die Tatsache, dass das therapeutische Klonen nur mit dieser Ressource wird funktionieren können, ist ein Aspekt, der meiner Ansicht nach in dieser Diskussion sträflich vernachlässigt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hubert Hüppe [CDU/CSU])

Aus diesem Grund halte ich es für berechtigt, dies nicht nur als Appell an den Bundestag, den man, wie ich nach dieser Debatte meine, nicht mehr davon überzeugen muss, dass er hierzu gefragt ist, sondern auch an die Gemeinschaft der Forschenden zu richten. Es ist notwendig und sinnvoll, sich dieser Frage sehr gründlich zu stellen.

Ich meine übrigens auch, dass das Argument, die anderen machten es ja, wenig überzeugend ist. Wir lassen uns auch bei anderen grundsätzlichen Fragen hinsichtlich unserer Vorstellung, was die Regeln des menschlichen Zusammenlebens sein sollen, wie wir zusammenleben wollen, nicht darauf ein, zu sagen, die anderen haben es aber so oder so entschieden. Von daher ist die Frage berechtigt: Wollen wir in Deutschland aktiv in die Forschung unter Verbrauch von Embryonen und deren Herstellung zu diesem Zweck einsteigen? Man könnte auch sagen: Deutschland beschreitet in der Forschung aktiv einen anderen Weg. Das heißt, diese Entscheidung bleibt uns nicht erspart. Sie ist auch nicht so leicht, als dass man sagen könnte: Wir folgen einfach den anderen. Dies gilt insbesondere, wenn man sich anschaut, dass auch in anderen Ländern, nicht zuletzt in den **USA**, diese Frage mindestens so umstritten ist wie in der Bundesrepublik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Ein weiterer Punkt: Bei der Frage, welchen Sinn und welche zwingende Begründung es dafür gibt, unbedingt an menschlichen embryonalen Stammzellen zu forschen, stellt man fest, dass dies offenkundig in der Community und auch unter den Wissenschaftlern selber umstritten ist, nicht nur unter bedenkenträgerischen Politikern. Ich finde, das gibt allen Anlass dazu, hier mit Bedacht vorzugehen und nicht nur den **Stand der Wissenschaft** gründlich zu bedenken, sondern dabei auch die **grundsätzlichen Fragen** zu erörtern.

In diesem Sinne möchte ich sagen: Die Forscher sind mit ihrer Arbeit ein Teil der Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Gesellschaft hat sich bestimmte Regeln gegeben und nimmt lebhaft Anteil an dem, was die Forschung tut. Die Forschung und die Forscher sind kein außergesellschaftlicher Bereich, der sich davon irritiert fühlt, dass andere, die nicht ganz so viel davon verstehen, ihre Bedenken äußern, diese angemessen erörtern und gegebenenfalls Regeln aufstellen. Das ist eine Form von **Selbstbeschränkung dieser Gesellschaft**. Diese Auseinandersetzung ist uns auch in anderen Bereichen nicht unvertraut. Deswegen sollten wir hier nicht so diskutieren, als wollten wir zum ersten Mal eine Grenze setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will abschließend noch etwas zum Verfahren sagen. Wer hier welchen Weg verlassen hat, liebe Frau Kollegin Böhmer, ist wahrscheinlich schwer festzustellen. Ich schlage Folgendes vor: Erstens. Da unser Antrag manches von dem enthält, was auch in Ihrem Antrag steht, könnten umgekehrt Sie überlegen, ob Sie unserem Antrag zustimmen wollen.

---

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD] – Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Das wäre viel realistischer!)

Zweitens. Wir haben es – das habe ich vorhin schon gesagt – nicht mit einem politikfreien Raum zu tun, in dem alle sonst geltenden Regeln außer Kraft gesetzt sind. Was aber gilt, ist, dass wir im Moment eine Art von Debatte führen, die der Schwierigkeit und auch der **Tragweite dieses Themas** meines Erachtens sehr angemessen ist. Auch die Auseinandersetzung untereinander verläuft gut. Es wäre schön, wenn das weiterhin so möglich wäre.

Wenn wir ein Interesse daran haben, eine Gewissensentscheidung zu treffen, werden wir überlegen müssen, ob wir uns an **Verfahren**, die wir aus früheren Debatten über moralisch schwierige Fragen kennen, orientieren. Dort haben wir uns bemüht, bei den unstrittigen Fragen einen möglichst breiten Konsens herzustellen, sodass sich die Debatte auf wenige strittige Fragen konzentriert.

(Beifall der Abg. Dr. Ruth Fuchs [PDS])

Wir alle sollten die Sommerpause dafür nutzen, darüber nachzudenken, welche Art von Verfahren das sein kann, um weiterhin dem Wunsch gerecht zu werden, uns mit diesem Thema angemessen zu befassen, ohne so zu tun, als würden wir nun alle keine Parteien mehr kennen.

Letzter Punkt. Zu den vielen **Räten**, die wir haben. Ich finde: Bei so einem Thema kann man gar nicht genug Ratschläge bekommen, aber entscheiden werden wir, der Deutsche Bundestag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie der Abg. Dr. Ruth Fuchs [PDS])

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächster Redner hat der Kollege Dr. Ilja Seifert von der PDS-Fraktion das Wort.

**Dr. Ilja Seifert (PDS):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen hier vor einer Richtungsentscheidung, aber wir stehen nicht allein: Die Menschheit steht vor einer **Richtungsentscheidung**. Ausweichen geht nicht. Es scheint so zu sein, als stünde ewige Gesundheit gegen immer währende Unvollkommenheit.

Aber Richtungsentscheidungen sollte man nicht unter Zeitdruck fällen. Noch weniger jedoch dürfen wir sie blinden Marktkräften überlassen. Diese Demokratie kennt als Ort für solche Entscheidungen das Parlament, und zwar nur das Parlament. In diesem Punkte scheinen wir uns alle einig zu sein. Das will ich gern hervorheben.

Die Forschung an embryonalen Stammzellen verheißt sagenhafte **Fort schritte:** Ersatzorgane, Linderung für Parkinsonkranke, Heilung von Querschnittslähmung und andere Dinge. Aber schon mit diesen Hoffnungen, Frau Flach, verändern wir unser **Menschenbild**.

(Margot von Renesse [SPD]: Nein!)

Wenn Sie hier so tun, als ob die Kranken morgen geheilt werden könnten – dieses Bild haben Sie hier vermittelt –,

(Jörg van Essen [F.D.P.]: Hat sie überhaupt nicht!)

dann verunsichern Sie die Menschen in starkem Maße und machen ihnen Hoffnungen, die nicht erfüllbar sind. Sie wissen so gut wie ich, dass die ersten Versuche mit embryonalen Stammzellen an Parkinsonkranken die Krankheit verschlechtert bzw. dazu geführt haben, dass die meisten so behandelten Patienten Krebs bekommen haben. Ich weiß nicht, ob das besser ist.

Ich komme auf das Menschenbild zurück. Bis jetzt ist die **menschliche Unvollkommenheit** das Selbstverständlichste von der Welt, egal, ob man das vom religiösen oder vom humanistisch-aufklärerischen Standpunkt sieht. Wenn es aber zukünftig anders wäre, dann wäre die Unvollkommenheit vielleicht ein Makel. Dann muss man sich vielleicht dafür entschuldigen, nicht einem bestimmten Schönheitsideal – oder gar einer bestimmten Mode – zu entsprechen, weil angeblich alles „reparierbar“ sei.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass auch bei uns in der PDS-Fraktion unterschiedliche Meinungen zu den vorliegenden Fragen existieren. Das ist das Normalste von der Welt. Aber wir haben auf die Vorlage eines Antrages zur heutigen Debatte verzichtet, weil wir keine parteipolitische Komponente hineinbringen wollten. Was hätte es denn genützt, wenn Sie unseren Antrag, auch wenn er noch so gut gewesen wäre, abgelehnt hätten, nur weil er von uns gekommen ist?

Noch ist nicht klar, wie die **Risiken und die Chancen** der Forschung an embryonalen Stammzellen verteilt sind. Klar ist nur: Wenn eine solche Forschung in großem Stil eingesetzt hat, dann ist sie nicht mehr rückholbar. Die Kollegin Fischer hat eben darauf hingewiesen. Und dann stehen wir vor vollen Tatsachen, die von den freien Kräften des Marktes oder von dem „unbändigen Forschungswillen“ Einzelner geschaffen worden sind. Man kann in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ nachlesen, dass sich Frau Kollek und Frau Schneider nicht des Verdachtes entziehen können, dass gar nicht die viel beschworene „Ethik des Heilens“,

---

sondern der „Wettlauf um Patente“ im Vordergrund steht. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Bei Letzterem geht es nämlich um die **Verwertungsrechte**. Das ist etwas anderes als der Wunsch, in erster Linie anderen zu helfen. Wenn uns die Forschung vor vollendete Tatsachen stellt, dann ist es – quasi unter der Hand – gesellschaftlich akzeptiert, dass Embryonen getötet werden können. Und zwar für Forschungszwecke. Die ethische Dimension ist hier wohl unübersehbar.

Wenn wir jetzt einen Moment innehalten, das heißt vier bis fünf Monate, dann gewinnen wir ein bisschen Muße, um noch einmal im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen Diskurses darüber nachzudenken, ob wir Embryonen opfern wollen, ob wir **Organersatzbanken** wollen und ob wir programmiert wachsende Zellen zur Krankheitsbekämpfung implantiert haben wollen. Niemand weiß, ob solche Zellen aufhören zu wachsen, wenn ihre „Aufgabe“ erfüllt ist. Niemand weiß heute, ob die Organzüchtung wirklich funktioniert. Aber was, bitte schön, wird aus den so genannten **Zwischenergebnissen**? Sind das dann medizinische Kollateralschäden? Lasten dann vielleicht nur „verbrauchte Embryonen“ auf unseren Gewissen? Es gibt noch viele andere Fragen, die heute bereits von Frau von Renesse, von Frau Böhmer und von Frau Fischer gestellt worden sind.

Der politische Begriff für „Innehalten“ lautet „Moratorium“. Wenn der Bundestag jetzt ein **Moratorium** beschließt, dann kann es eine starke moralische Wirkung entfalten. Das ist etwas anderes als nur „bitte, bitte“ zu machen. Es würde den Zeitrahmen für die Vorbereitung von Entscheidungen schaffen. Das Parlament könnte dann seine Verantwortung sachgerecht und bewusst wahrnehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine gute weitere Diskussion sowie auf eine faire Behandlung aller Anträge, egal, wer sie gestellt hat.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wolfgang Wodarg von der SPD-Fraktion.

**Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich hatte mir so viel zu dem Thema aufgeschrieben. Nun ist das Meiste schon gesagt worden. Es sind gute Reden gehalten worden. Die **Ge meinsamkeiten** wurden betont. Es sind wirklich viele Gemeinsamkeiten da. Wir alle sind der Meinung, dass der Deutsche Bundestag zuständig ist. Wir alle wollen uns beraten lassen, von wem auch immer – wir sind da offen –, und wollen uns die Zeit dafür nehmen. Ich bin nicht der Meinung, Herr Seifert, dass das Ganze in Muße geschieht. Wir werden Knochenarbeit leisten müssen. Wir werden uns daranmachen müssen, um das einzuholen, was wir zu spät angefangen haben. Ich sage nicht „Wir haben schon vor einem Jahr die Enquête-Kommission eingerichtet“, sondern ich sage „Wir haben sie erst vor einem Jahr eingerichtet“. Das war ein Fehler. Wir hätten es gleich tun sollen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Enquête-Kommission hat Vorarbeit geleistet. Sie hat sich des Themas der Forschung an embryonalen Stammzellen gleich zu Anfang angenommen und hat dieses Thema systematisch bearbeitet. Es ist ja auch keine einfache Frage, die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Stammzellforschung ist vielfältig. **Stammzellen** können aus Tieren und aus Menschen gewonnen werden. Sie können von Embryonen gewonnen werden. Sie können Föten entnommen werden, die abgegangen sind. Sie können, wie wir jetzt gehört haben, sogar Leichen entnommen werden. Es gibt sehr viele Möglichkeiten. Sie können Patienten entnommen werden, im Labor bearbeitet werden und in veränderter Form als Therapeutikum demselben Patienten wieder zugeführt werden; das sind dann die adulten Stammzellen.

In allen diesen Bereichen gibt es weltweit intensivste Forschungsarbeit. Wir sprechen hier über einen ganz kleinen Ausschnitt dieser Stammzellforschung.

Zur Forschung an embryonalen Stammzellen möchte ich Professor Markl, den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, zitieren. Er sagt:

Was die Wissenschaft über die Entwicklung des Säugetierorganismus zu erforschen sucht, kann sie viel besser an Mäusen oder anderen Versuchstieren erarbeiten.

Er sagt das für die **Grundlagenforschung**. Für die Grundlagenforschung brauchen wir keine menschlichen embryonalen Stammzellen, so Professor Markl.

Menschliche embryonale Stammzellen würden wir erst dann brauchen, wenn wir ganz konkrete therapeutische **Anwendungen für den Menschen** ableiten wollten, wenn sie wirklich konkret da wären.

(Ulrike Flach [F.D.P.]: Das ist aber doch der Fall!)

Wenn wir das aber wollen und mit embryonalen Stammzellen des Menschen tatsächlich forschen, dann haben wir ein Problem, das hier auch schon ein bisschen angeklungen ist; Frau Fischer hat es, glaube ich, gesagt. Uns nützt diese Forschung wenig; denn diese Stammzellen, die wir dann nutzen, stammen von einem Embryo mit einer ganz bestimmten genetischen Ausstattung. Wenn wir daraus Medikamente, Organe und Gewebe für einen

---

Patienten herstellen wollen, dann haben wir das Problem der Unverträglichkeit. Das heißt: Wir müssen etwas tun, damit diese Zellen und das Gewebe verträglich sind. Wenn es wirklich um die Entwicklung von Therapeutika geht, dann ist also die Diskussion um das **therapeutische Klonen** angesagt; das ist dann unvermeidbar. Wer da A sagt, muss automatisch B sagen. Das ist miteinander verbunden. Das wissen alle, die an dieser Thematik arbeiten. Ich weise jetzt darauf hin; denn wenn wir uns in Richtung der Forschung an embryonalen Stammzellen entscheiden, wenn wir dazu Ja sagen, dann werden wir auch dieses Thema zu behandeln haben, ob wir das wollen oder nicht. Wenn es um die Grundlagenforschung geht – das muss hier ganz klar sein –, brauchen wir die embryonalen Stammzellen nicht.

Ich möchte dann noch ein Thema ansprechen, das noch nicht behandelt worden ist, was aber drängt. Es geht um die Frage: Welche Motive können sonst dahinter stehen? Wie stellt sich die Forschungslandschaft dar? – Da sind wir einfach verpflichtet, genau hinzusehen. Die Forscher sind verpflichtet, uns die **Hintergründe**, ihre **Motive**, die **Alternativen**, die sie kennen, ausführlich zu nennen und nichts hinter dem Berg zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich ärgere mich darüber, wenn ich im Nachhinein höre, dass Forscher, die Forschungsanträge stellen, schon längst das Feld, die Claims mit Patenten abgesteckt haben, ohne dass sie es von Anfang an gesagt haben. Das hätte gleich gesagt werden müssen.

Erst gestern wieder hat ein Forscher für einen ganz anderen Bereich – da ging es nicht um Nervenzellen, sondern um Herzmuskelzellen – gesagt: Wenn wir wollen, dass zur Hilfe für Patienten mit Herzinsuffizienz oder mit schweren Herzkrankheiten Herzmuskelzellen hergestellt werden können, dann brauchen wir die Forschung an embryonalen Stammzellen. So hat sich gestern in einem Presseinterview ein bekannter Herzspezialist geäußert.

Was dieser Herzspezialist gesagt hat, stimmt nicht. Es gibt bereits Forschungsergebnisse, die besagen, dass Herz muskelzellen aus mesenchymalen Zellen des Knochenmarks vom Menschen selbst hergestellt worden sind. Darüber sagt dieser Herzspezialist kein Wort. Das Ganze wirkt sehr verdächtig, da der gleiche Forscher – das muss nachgeprüft werden – sogar Patente über die Herstellung von Herzzellen aus embryonalen Stammzellen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, des Abg. Hubert Hüppe [CDU/CSU] und des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

Es geht eben nicht um Heilungsversprechen, sondern darum, wie man sich über das Erwerben von Marktanteilen wirtschaftliche Vorteile verschaffen kann. Uns allen muss klar sein: Wir können nicht mitmachen, wenn wir so hinter Licht geführt werden, wenn solche Vorgänge unserer Entscheidung zugrunde liegen, wenn also allein die Förderung der wirtschaftlichen Interessen Einzelner, die sich auch noch unfair verhalten, das Ergebnis sein soll. Ich hoffe, dass wir die Zeit haben, das alles zu durchleuchten.

Wir wollen auch wissen: Woher kommen die **embryonalen Stammzellen**, die importiert werden? Haben die Eltern der Embryonen, aus denen diese Stammzellen gewonnen werden, diesem Vorgang wirklich zugestimmt? Ist das dokumentiert? Oder stimmt vielmehr das Gerücht, dass die embryonalen Stammzellen, die aus Amerika kommen, nicht von eingefrorenen, sondern von frischen Embryonen stammen? Wenn das so ist – darauf gibt es sehr viele Hinweise –, dann stammen diese Stammzellen nicht von überzähligen Embryonen, sondern sie sind extra zu Forschungszwecken hergestellt worden.

Das will ganz Europa nicht. Sogar in der Bioethik-Konvention des Europarates steht, dass die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken in ganz Europa verboten werden soll. Ich weise darauf hin, auch wenn wir dieses Dokument aus anderen Gründen – darin ist nämlich vieles andere nicht erwähnt – nicht unterzeichnet haben.

Wir müssen also ganz viele Fragen beantworten. Wir werden auch in der Enquête-Kommission unsere Ergebnisse so deutlich aufbereiten, dass wir in den Bericht ein umfangreiches Kapitel zur Stammzellforschung, mit dem der Versuch verbunden ist, dem Deutschen Bundestag Lösungen für die einzelnen Bereiche der Stammzellforschung darzubringen, einfügen. Von diesen Erwägungen werden wir – das wird schon in diesem Herbst geschehen – einen Teilbericht zum Import von embryonalen Stammzellen sozusagen abzweigen, den wir dem Deutschen Bundestag vorher präsentieren können. Die Fraktionen sind sich in diesem Vorhaben einig und das ist auch möglich. Ich hoffe, dass wir eine Lösung erarbeiten, die wir gemeinsam tragen können.

Ich brauche die Gründe dafür, warum hier drei Anträge vorliegen, nicht zu wiederholen. Wir sollten uns auf die allen Anträgen gemeinsamen Forderungen konzentrieren. Wir fordern die Wissenschaft auf, nichts gegen die Meinung der Volksvertreter, die für die öffentliche Meinung stehen – wer sonst soll sie darstellen? –, zu unternehmen. Wir fordern dazu auf, keine vollendeten Tatsachen zu schaffen und nicht nur die Embryonen in Forschungsinstituten, sondern auch die in privaten Unternehmen – ich gehe davon aus, dass es sie gibt; das habe ich schon vorher getan – nicht zu nutzen, bis wir hier eine Entscheidung getroffen haben.

Wir müssen schnell arbeiten, die entsprechenden Regelungen zügig formulieren und in Gesetzesform bringen,

---

damit die Forschung nicht allzu lang in die falsche Richtung läuft. Ich glaube, auch darüber sind wir uns einig. Ich hoffe, dass wir in Zukunft nicht noch einmal erleben – die CDU/CSU hat damit leider angefangen –, dass das Ziel, dieses Thema überfraktionell zu behandeln und gemäß unserem Gewissen zu entscheiden, zugunsten von fraktionstaktischen Überlegungen aufgegeben wird. Wenn man auf Vorgänge reagiert, die aus ganz anderen Motiven und in ganz anderen Zusammenhängen auf Landesebene geschehen, dann wird das unsere Arbeit verzögern und stören.

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächster Redner hat der Kollege Horst Seehofer von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Horst Seehofer (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute erneut unbestritten über eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Ich möchte mit einer kurzen Betrachtung beginnen, wie die Deutschen in den letzten Jahren mit dem schwierigen Thema **Gentechnik und Biotechnologie** umgegangen sind. Die Debatte darüber war ja oft von Ängsten bestimmt. Ich denke, wir können heute nach gut zehn Jahren durchaus festhalten, dass wir in Deutschland Anfang der 90er-Jahre diesbezüglich ein vorbildliches Recht geschaffen haben, das für viele andere Mitgliedstaaten in der Europäischen Union zum Vorbild geworden ist, nachgeahmt und Grundlage für europäische Richtlinien wurde sowie in all den Jahren in Deutschland auch sehr verantwortungsvoll umgesetzt worden ist.

Was die Umsetzung dieses Themas und die Erfahrungen damit betrifft, befindet sich die Bundesrepublik Deutschland weltweit im Spitzenfeld. Es wurden viele Fortschritte erreicht, die heute schon einen Segen für die Menschen bedeuten, nicht nur im Umwelt- und Nahrungsmittelbereich, sondern auch in der Medizin; ich denke gerade im Medikamentenbereich an Interferone, Insulin und Wachstumshormone. Das alles war möglich, weil diese Debatte in den letzten gut zehn Jahren, jedenfalls ganz überwiegend, ebenso auf blinden Fortschrittsoptimismus wie auf irrationale Technikfeindlichkeit verzichtet hat. Ich möchte festhalten: Es gibt keinen einzigen Schadensfall, es ist kein einziges neues Problemfeld in den letzten zehn Jahren entstanden. Dem liegt nicht blinde Fortschrittsgläubigkeit zugrunde, sondern ein ethisch verantwortlicher Umgang mit diesem sensiblen Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn man in einer früheren Bundesregierung fast sieben Jahre federführend für dieses Thema zuständig war, dann muss es erlaubt sein, zu sagen, dass wir es gerade in der Medizin der Neugier der Forscher und ihrer beharrlichen Arbeit verdanken, bei uns im Lande einen medizinischen Fortschritt und einen medizinischen Standard erreicht zu haben, der für viele schwer kranke Menschen einen Segen bedeutet. Wir sollten dafür den Forschern dankbar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Vergangenheit ging es vornehmlich um die Frage, Biotechnologie und Gentechnik durch den Menschen zur Anwendung zu bringen. Jetzt geht es verstärkt um die Frage, diese Technologie beim Menschen zur Anwendung zu bringen. Ich stimme allen zu, die sagen, dabei handele es sich um ethisch, juristisch, wissenschaftlich und medizinisch hochkomplexe Fragen. Ich denke, dass wir angesichts der Komplexität dieses Themas sehr sorgfältig, sensibel und ernsthaft damit umgehen sollten.

Herr Dr. Seifert, ich habe als Gesundheitsminister vor übertriebenen Hoffnungen, was Heilung und Linderung von Krankheiten betrifft, gewarnt. Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich sagen, dass mich oft Begegnungen bewegt haben. Ich denke dabei an eine Begegnung im Herzzentrum hier in Berlin, wo ich einem Patienten mit einem Kunstherzen in der Brust gegenüberstand, der um seine begrenzte Lebenserwartung ohne ein Spenderorgan wusste und mir sagte: Helfen Sie uns, helfen Sie mir! Da beginnt im Herzen der Traum zu wachsen, vielleicht eines Tages doch mit den Mitteln der Forschung Lösungen zu finden, um heute noch nicht beherrschbare Krankheiten eines Tages zu lindern oder vielleicht sogar zu heilen. Ich spreche ausdrücklich von einem Traum, nicht von einer realistischen Hoffnung.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Seehofer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Ilja Seifert?

**Horst Seehofer (CDU/CSU):** Ja.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Seifert.

---

**Dr. Ilja Seifert (PDS):** Herr Kollege Seehofer, Sie haben gerade mit großer Ernsthaftigkeit davon gesprochen, wie sehr sich Menschen Heilung oder Linderung erhoffen, wenn sie von schweren Krankheiten betroffen sind. Ich gehe davon aus, dass Sie mir abnehmen, dass ich mindestens genauso oft wie Sie mit solchen Menschen zusammenkomme, die diese Hoffnung haben. Aber muss uns die Frage, vor der wir heute stehen, nicht mindestens genauso bewegen: Wie helfen wir ihnen heute, mit ihrer Beeinträchtigung zu leben? Wie helfen wir ihnen heute, soviel Bewusstsein zu entwickeln, dass sie mit der Spanne des Lebens, die ihnen noch bleibt – selbst wenn sie wissen, dass sie sterben müssen; wir müssen auch über das Sterben reden –, so würdevoll umgehen, wie Sie und ich das selbstverständlich erwarten?

Ist es in diesem Zusammenhang tatsächlich der richtige Weg, ihnen etwas zu verheißen, was vielleicht in 20 oder 50 Jahren auf Kosten der von mir vorhin „medizinische Kollateralschäden“ genannten Dinge Realität sein könnte? Ich frage das mit so viel Konjunktiven, wie mir überhaupt nur einfallen.

**Horst Seehofer (CDU/CSU):** Herr Dr. Seifert, da stimme ich Ihnen völlig zu. Mit möglichen Lösungen in der Zukunft dürfen wir nicht die Gegenwart bewältigen, sondern wir müssen in der Gegenwart das tun, was mit den heutigen medizinischen Möglichkeiten und auch unter den sozialen Gegebenheiten erreichbar ist. Aber – und darauf wollte ich mit dem Ausgangspunkt Herzzentrum hinaus – für mich gibt es auch eine ethische Verpflichtung, alles Verantwortbare zu tun, um die Suche der Forscher nach Möglichkeiten zur Überwindung und Beherrschung von Krankheiten zu unterstützen. Für mich gibt es auch eine ethische Begründungspflicht, wenn jemand einen solchen Weg aus nicht tragfähigen Gründen versperrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der F.D.P.)

Deshalb möchte ich ganz eindeutig sagen: Ich habe, wie wohl die eindeutige Mehrheit des Hauses, eine klare Position dazu, was nicht geht, und eine Meinung dazu, worüber wir ernsthaft weiter debattieren und was wir weiter untersuchen müssen. Die eindeutige Position ist, dass wir die **Eingriffe in die menschliche Keimbahn** nicht nur heute, sondern auch in Zukunft unterlassen müssen,

(Zustimmung des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

dass wir keinen Eingriff in die Keimbahn durchführen dürfen mit Veränderungen, die auf Nachkommen übertragen werden – also nicht das Klonen von Menschen, um es deutlich zu sagen.

Ich habe eine eindeutige Position, was die **Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken** betrifft. Dies ist übrigens ein Punkt, den die Deutschen, Herr Kollege Schmidt-Jortzig, bei der Formulierung der Bioethik-Konvention verankert haben: keine Herstellung von Embryo o-nen zu Forschungszwecken. Ich denke, das sollte auch eine Grenze sein, die wir um Gottes willen nie überschreiten dürfen.

Ich rede heute nicht über die Entstehung des Lebens, sondern mich beschäftigen bei diesem zweiten Punkt einige Wertungswidersprüche, die für mich noch nicht ausreichend aufgearbeitet sind. Wie wollen wir den Menschen erklären, dass wir als Gesellschaft es akzeptieren, dass Embryonen, die im Zusammenhang mit der künstlichen Befruchtung hergestellt und nicht gebraucht werden – die so genannten überzähligen Embryonen – konserviert, eingefroren, verworfen werden – „verworfen“ ist eine Umschreibung für absterben –, die Forschung an diesen überzähligen Embryonen aber unter Strafe stellen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der F.D.P.)

Wie wollen wir weiterhin der Gesellschaft den folgenden Wertungswiderspruch erklären – jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt, weiß, dass künstliche Befruchtung heute und in Zukunft nur unter verbrauchender Embryonenforschung möglich ist und sein wird; denn wir sind mit den Erkenntnissen dabei noch nicht am Ende –: dass auf der einen Seite die Anwendung der Forschungsergebnisse in Deutschland von der Krankenkasse finanziert wird, die zugrunde liegende Forschung allerdings in Deutschland unter Strafe gestellt wird?

Ich kämpfe mit dem dritten Wertungswiderspruch. Es geht dabei nur um die Forschung an überzähligen embryonalen Stammzellen, nicht um die Herstellung von embryonalen Stammzellen zu Forschungszwecken. Wollen wir uns wirklich dem Wertungswiderspruch aussetzen, dass wir die Forschung auf diesem Gebiet ins **Ausland** verlagern und später, nach einigen Jahren, die Erkenntnisse und den Nutzen aus der Forschung aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland importieren? Ich weiß aus der jahrelangen Diskussion um die Bioethik-Konvention: Wenn man sich aus einer Diskussion ausblendet, weil man Fundamentalpositionen vertritt, dann verliert man auch europa- und weltweit die Gestaltungsfreiheit auf einem wichtigen Feld. Ich möchte nicht, dass wir in Deutschland bestimmte Regeln aufstellen, aber in Kauf nehmen, dass die Deutschen – das ist mehrfach gesagt worden – dort hinfahren, wo diese Regeln nicht beachtet werden, weil sie sich einen medizinischen Nutzen davon versprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und bei der F.D.P.)

Deshalb müssen wir uns mit vielen juristischen, wissenschaftlichen, medizinischen, aber auch mit vielen Wertungswidersprüchen auseinandersetzen. Dafür braucht man Zeit. Ich empfehle sehr, dass wir Deutschen uns von der Suche nach Möglichkeiten, heute nicht beherrschbare Krankheiten eines Tages lindern oder gar heilen zu können, nicht verabschieden – in engen Grenzen, die mehrfach beschrieben worden und in der Öffentlichkeit

---

bekannt sind.

Drittens, Frau von Renesse, bin ich als Politiker, der gegenüber diesen Dingen offen ist, trotzdem der Meinung, dass der Antrag meiner Fraktion auf ein **Moratorium**, den ich sehr unterstützt und auch mitformuliert habe, keine Brand fackel ist, auch keine – Herr Struck ist nicht da – „Verlogenheit“, sondern die seriöse und notwendige Konsequenz, wenn man dafür plädiert, über dieses Thema ernsthaft zu diskutieren. Für diese ernsthafte Diskussion braucht man Zeit, Frau von Renesse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt nicht, dass die Entscheidung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll. Das muss in absehbarer Zeit entschieden werden. Aber für die Lösung eines so sensiblen Themas brauchen Sie das Vertrauen der Bevölkerung und müssen Sie die Menschen mitnehmen. Die Menschen nehmen Sie nur mit, wenn Sie transparent, offen und mit Argumenten diskutieren.

(Ulrike Flach [F.D.P.]: Das tun wir ja!)

– Das tun Sie, das tut das Parlament; aber das wäre nicht möglich, wenn man – das sage ich an die Adresse der F.D.P. – ein Moratorium nicht für erforderlich hält.

Vertrauen schaffen Sie nur durch Offenheit und Transparenz. Wir sollten uns ein Beispiel an einem der letzten Themen nehmen, das ähnlich schwierig war, der Transplantationsmedizin in Deutschland, bei dem es um die Frage ging, wann ein Mensch tot ist, um die Frage der Feststellung des Hirntodes, um die Fragen, wer zustimmen muss und unter welchen Voraussetzungen eine Lebendspende möglich sein kann. Ich finde, auch für diese Diskussion haben wir uns sehr viel Zeit genommen. Wir haben sie sehr ernsthaft geführt, wir haben sie ohne parteipolitische Schranken geführt und wir haben bis zum Ende unseren Vorsatz durchgehalten, dass jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete so entscheiden muss, wie es mit dem eigenen Gewissen verantwortbar ist.

Ich wünsche mir das auch in dieser Diskussion; denn immer wenn sich das deutsche Parlament Zeit genommen und sich ernsthaft und unter Einsatz des Gewissens mit einer Sache auseinander gesetzt hat, hat das anschließend in der Bevölkerung Akzeptanz gefunden, hat es befriedet. All das, worüber damals, 1995/96, heftig, zum Teil auch mit Emotionen diskutiert wurde, ist in der Bevölkerung heute akzeptiert.

Deshalb plädiere ich für die Gewissensfreiheit, für dieses Moratorium, für eine ernsthafte Auseinandersetzung bei sehr schwierigen und sensiblen Fragen, für eine Aufarbeitung der Wertungswidersprüche und möchte uns auffordern, in den nächsten Monaten Wege zu finden, die ethisch vertretbar, aber auch wissenschaftlich hoffnungsvoll sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig [F.D.P.]

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun der Kollege René Röspel von der SPD-Fraktion das Wort.

**René Röspel (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute wird der Deutsche Bundestag beschließen, die Frage des Imports embryonaler pluripotenter Stammzellen auf der Grundlage von Stellungnahmen, unter anderem der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, noch in diesem Jahr zu entscheiden. Er wird an die Wissenschaftler in die sie im Land appellieren, dieser Entscheidung nicht durch Schaffung von Tatsachen und Fakten vorzugreifen. Infolge unserer Diskussion – das, denke ich, kann man sagen – hat auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft vorgestern beschlossen, erst im Dezember eine Entscheidung zu treffen. Der Zeitdruck ist also gemildert und das ist auch gut so.

Die Enquete-Kommission hat eigens eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Fragen der Stammzellforschung beschäftigt, übrigens zu einem Zeitpunkt, als die wenigsten in diesem Land überhaupt wussten, was eine Stammzelle ist. In dieser Arbeitsgruppe befassen sich sachkundige Mediziner, Theologen, Naturwissenschaftler und Philosophen seit Herbst letzten Jahres fast jeden Montag mit einer Vielzahl von unterschiedlichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Stellungnahmen und Gutachten. Bereits im April dieses Jahres haben wir unter anderem mit Professor Brüstle in einem sehr guten Expertengespräch, das ruhig und sachlich verlaufen ist, diskutieren können. Wahrscheinlich wäre das angesichts des heutigen Zeitdrucks und der jetzt entstandenen Atmosphäre nicht mehr so einfach möglich.

Wir sind aber noch längst nicht so weit, Empfehlungen abgeben zu können, weil wir als Enquete-Kommission den Anspruch haben, dem Parlament und der Gesellschaft die Möglichkeiten und Konsequenzen beschreibbarer Wege fundiert aufzuzeigen.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD])

Nebenbei gesagt: Natürlich stellen wir dem Nationalen Ethikrat unser Material gerne zur Verfügung. So wird es ihm dann vielleicht möglich sein, bis zum Dezember dieses Jahres eine ähnlich fundierte Arbeit vorzulegen.

---

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Trotz sorgfältiger Arbeit – vielleicht sogar gerade deswegen – werden die Kernfragen, um die es sich dreht, der Spekulation überlassen bleiben. Denn niemand – auch die Wissenschaftler nicht und schon gar nicht die Politiker – kann mit Gewissheit sagen, welcher der richtige Weg sein wird. Das macht die Sache so ungeheuer kompliziert und auch nicht einfacher.

Natürlich wollen wir – Herr Seehofer, das ist an Sie gerichtet – alles dazu tun, um Krankheiten zu lindern. Das ist, so glaube ich, völlig unbestritten. Das eignet sich in dieser Auseinandersetzung nicht als Argument. Wir müssen uns aber fragen, was wirklich möglich ist und wo Hoffnungen geweckt werden, die nicht erfüllbar zu sein scheinen.

Frau Flach, Herr Schmidt-Jortzig, in dem Antrag der F.D.P. wird zum Beispiel die Möglichkeit genannt, Mukoviszidose mit pluripotenten Stammzellen zu heilen bzw. Linderungen herbeizuführen. Sie hätten sich einmal, was diese Aussage angeht, mit Ihrem Sachverständigen in der Enquête-Kommission absprechen sollen. Das ist nämlich eine Frage, die in den Bereich der Präimplantationsdiagnostik gehört. Wenn Sie mir nur ein Beispiel nennen können – auch wenn es utopisch ist –, wie gerade Mukoviszidose durch Stammzellforschung bekämpft werden könnte, so bin ich gerne bereit, das entgegenzunehmen.

(Ulrike Flach [F.D.P.]: Wir kommen auf Sie zu, Herr Röspel!)

Ich habe gerade heute mit Pneumologen diskutiert: Es gibt keine auch nur an satzweise realistische Möglichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Also entweder haben Sie ein bisschen schlampig gearbeitet oder Sie wecken wieder Hoffnungen, die nicht erfüllbar sind. Das ist der falsche Weg und das kritisieren wir.

Wir als Abgeordnete haben nicht nur die Aufgabe, Lösungen für Probleme zu suchen, sondern geradezu die Pflicht, Fragen zu stellen, die die Zukunft unserer Gesellschaft betreffen. Viele Fragen sind eben noch unbeantwortet: Welche Konsequenzen hat eine Technologie für die Gesellschaft? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? – Diese beiden Fragen betreffen auch andere Bereiche. – Was passiert, wenn man den Import so genannter pluripotenter Stammzellen zulässt?

Übrigens, wer noch immer nicht weiß – das ist nachzusehen; denn das ist eine fast akademische Frage –, was **pluripotent** und was **totipotent** ist, dem will ich das an einem Beispiel klarer machen: Aus einer totipotenten Zelle entstehen der Embryo und die Nachgeburt, während aus einer pluripotenten Zelle „nur“ noch der Embryo und Teile der Nachgeburt entstehen können. Wenn es also den Forschern irgendwann gelingen wird – im Tiermodell wird bereits daran gewerkelt –, eine Plazenta, also den Mutterkuchen, auf künstliche Art und Weise zur Verfügung zu stellen, wird die Diskussion um scheinbar unproblematische pluripotente Zellen, die sich dann nämlich zu einem Embryo entwickeln können, sicherlich eine andere Richtung bekommen.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD])

Zurück zur heutigen Fragestellung: Wozu kann der Import solcher pluripotenter Zellen führen? Ich denke, dass nach kurzer Zeit unweigerlich die Forderung kommt – das ist verständlich; auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft sieht dies in ihrer Empfehlung vom 3. Mai 2001 vor –, auch in Deutschland so genannte **überzählige Embryonen** zu Forschungszwecken zu „vernutzen“, zu zerstören; ich habe noch immer nicht den richtigen Ausdruck dafür gefunden. Nach neuesten Erkenntnissen gibt es in Deutschland etwa 15 eingefrorene „überzählige“ Embryonen. Was passiert denn, wenn noch ein oder zwei oder vielleicht zehn Embryonen gebraucht werden, um, wie das in der Forschung häufig üblich ist, die letzten Versuche zu machen, um den Durchbruch wirklich zu schaffen? Werden wir dann wirklich der Forderung, nicht auch die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken zu erlauben – denn es sind eben nur ein paar, die hergestellt werden müssen –, standhalten können?

Wir sehen am Beispiel Großbritannien, wo bereits etwa 50 000 Embryonen zu Forschungszwecken genutzt worden sind, dass das Ergebnis und die Erkenntnisse, die aus dieser Forschung erwachsen sind und die sich therapeutisch nutzen lassen, relativ gering sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Wir haben noch keine eindeutigen Antworten. Im Gegensatz zu anderen, die uns das glauben machen wollen, gestehe ich das zu.

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herr Professor Winnacker, hat gestern auf der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Berlin deutlich gemacht, dass die DFG vor drei Jahren noch eine ablehnende Haltung gegenüber dem Import von Stammzellen hatte. Die rasanten Fortschritte aber haben zu einem Meinungswandel der DFG geführt, die nun den Import befürwortet.

Die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken, das so genannte **therapeutische Klonen**, also die „Dolly-Schaf-Methode“, und der Keimbahngriff werden von der DFG als unethisch abgelehnt. Das ist auch gut so. Die Frage ist aber: Wie lange noch? Professor Ganten vom Max-Delbrück-Zentrum, ein Kollege von

---

Professor Winnacker im Nationalen Ethikrat, wird in der „Financial Times Deutschland“ von gestern wie folgt zitiert: Er halte die Pläne der DFG, das therapeutische Klonen nicht zuzulassen, für falsch. In zwei oder drei Jahren werde die DFG diese Entscheidung korrigieren.

Professor Bartram aus Heidelberg plädiert für die Zulassung des therapeutischen Klonens. Michael Kyba vom Whitehead-Institute in Boston hält das therapeutische Klonen für den „aussichtsreichsten Weg, um in der Zukunft kompatible Gewebe direkt vom Patienten gewinnen zu können“. Übrigens gibt es kein Wort zu der Frage, welchen Frauen denn die Zehntausenden von Eizellen, die benötigt werden, entnommen werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, die wir stellen müssen, lautet: Wie lange wird also die Ablehnung solcher Verfahren noch halten? Bis die nächste Heilung von Krankheiten in Aussicht gestellt wird und wir deshalb wieder unter Druck entscheiden sollen?

Die gute Nachricht lautet – das haben einige Kollegen schon gesagt –: Wir sind nicht alternativlos. Auch die DFG gibt den so genannten **adulten Stammzellen**, die aus erwachsenen Menschen gewonnen werden, den Vorrang und will die Forschung ausweiten. Das ist nur zu begrüßen. Diese Zellen sind ethisch unproblematisch und werden wegen ihrer immunologischen Eigenschaften letztlich die bessere Therapie sein.

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Richtig!)

Herr Seehofer, das kann gegenüber dem Ausland ein gewaltiger Vorteil sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das wird uns nicht zurückwerfen. Wir werden uns auch nicht aus der Suche nach Heilung verabschieden, sondern wir werden einen anderen Weg aufzeigen.

Vielen von Ihnen ist sicherlich bekannt, dass aus Knochenmark Blutzellen gewonnen werden können, mit denen die Leukämie bekämpft werden kann. Mittlerweile kann man daraus auch Knorpelzellen gewinnen. Dies ist ein guter und richtiger Weg. Beispiele dafür können Sie auch in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ lesen, die von Professor Kollek und von Dr. Schneider stammen. Das ist insgesamt ein lesenswerter Artikel, in dem auch eine weitere Erklärung für den Zeitdruck genannt wird, unter dem wir heute stehen: der Wunsch, Patente anzumelden und Rechte absichern zu lassen, was per se nichts Schlechtes ist.

(Margot von Renesse [SPD]: In der Tat!)

Letztendlich werden Politik und Gesellschaft über eine sehr schwierige und spekulative Technologie entscheiden müssen. Können die Heilsversprechen eingelöst werden? Sind die warnenden Stimmen zu vorsichtig oder gar unberechtigt? Werden wir die Geister, die wir jetzt rufen, je wieder los? Ist es nicht besser, den ethisch unproblematischeren Weg zu gehen – auch wenn er vielleicht etwas länger ist –, bevor man Fakten schafft, die nicht mehr rückholbar sind?

Weil diese Fragen so schwer zu beantworten sind, ist klug beraten, wer sich auf der Suche nach der Antwort Zeit zur Abwägung nimmt und keine vor schnellen Entscheidungen zulässt. Das wollen wir tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Kein Import von und keine Forschung an embryonalen Stammzellen in Deutschland bis zu einer Entscheidung des Deutschen Bundestages“. Abweichend von der Tagesordnung soll über diesen Antrag heute abgestimmt werden. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 14/6314 (neu)? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion und bei einer Enthaltung aus der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Zwei Enthaltungen!)

– Ich habe nur eine Enthaltung gesehen. Ich werde daher die Abstimmung wie derholen. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 14/6314 (neu)? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist eine gemischte Lage. Im Wesentlichen hat die CDU/CSU-Fraktion bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Es gibt Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion, der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen, der F.D.P.-Fraktion und einige Gegenstimmen aus der PDS-Fraktion bei einigen Enthaltungen aus allen Fraktionen mit Ausnahme der SPD-Fraktion.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Kristin Heyne [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die PDS hat dafür

---

ge stimmt!)

– Dann bitte ich Sie, das Handzeichen so zu geben, dass man es eindeutig erkennen kann.

(Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Wir haben alle zugestimmt – und Enthaltungen!)

– Trotzdem stimmt das Ergebnis.

Zusatzpunkt 7: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Für eine sorgfältige und umfassende Prüfung des Imports und der Forschung mit embryonalen Stammzellen“. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 14/6551? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen. Dagegen gestimmt haben CDU/CSU und F.D.P. Bei der PDS gab es unterschiedliche Abstimmungen.

(Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Zustimmung und Enthaltungen!)

Wir kommen zum Zusatzpunkt 8: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der F.D.P. mit dem Titel „Kein Verbot und kein Moratorium für den Import embryonaler Stammzellen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der F.D.P.-Fraktion bei je einer Enthaltung aus der F.D.P.-Fraktion und der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt.